

Evelyn Bytzek, Sigrid Roßteutscher (Hg.)

Der unbekannte Wähler?

Mythen und Fakten
über das Wahlverhalten der Deutschen

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Evelyn Bytzek, Sigrid Roßteutscher (Hg.)

Der unbekannte Wähler?

Mythen und Fakten

über das Wahlverhalten der Deutschen

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39382-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2011 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: photocase/guidhouse

Satz: Campus Verlag, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

Inhalt

Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland <i>Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher</i>	7
---	---

Teil 1: Mythen des Niedergangs

Jenseits von Links und Rechts: Spielt Ideologie für Parteien und Wähler keine Rolle mehr? <i>Philipp Scherer</i>	23
--	----

Schwankende Wähler: Gefährden Wechselwähler die Demokratie? <i>Bernhard Weßels</i>	43
---	----

Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs? <i>Simone Abendschön, Sigrid Roßteutscher</i>	59
---	----

Die Personalisierung der Politik: Entscheiden Spitzenkandidaten Wahlen? <i>Aiko Wagner</i>	81
--	----

Medienwahlkampf: Sind TV-Duelle nur Show und damit nutzlos? <i>Thorsten Faas, Jürgen Maier</i>	99
---	----

Ratlose Zwerge: Sind die Volksparteien am Ende? <i>Thomas Poguntke</i>	115
---	-----

Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? <i>Armin Schäfer</i>	133
--	-----

Teil 2: Normalwähler- und Normalwahl-Mythen

Der rote Osten: Ist Ostdeutschland politisch ganz anders? <i>Oscar W. Gabriel</i>	157
Die überschätzte Gefahr: Beeinflussen (getwitterte) Umfrageergebnisse Wahlentscheidungen? <i>Thorsten Faas, Ansgar Wolsing, Sascha Huber</i>	177
Elefantenhochzeiten: Verändern Große Koalitionen die Parteienlandschaft? <i>Evelyn Bytzek</i>	193
Uninformierte Wähler und informiertes Elektorat: Wie gehen die Wähler mit dem Bundestags-Wahlsystem um? <i>Franz Urban Pappi</i>	211
Dominanz der Ökonomie: Entscheidet die Wirtschaftslage Wahlen? <i>Ruth Beckmann, Philipp Trein, Stefanie Walter</i>	231
Der weibliche Blick: Verhalten sich Frauen in der Politik anders? <i>Ina E. Bieber</i>	253
Fazit oder: Außer Mythen nichts gewesen? <i>Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher</i>	273
Literatur	291
Verzeichnis der Medienquellen	305
Hinweise zu den genutzten Daten	313
Autorinnen und Autoren	315

Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland

Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher

1. Der unbekannte Wähler?

Alle vier Jahre ist Bundestagswahl. Dann entscheiden die deutschen Bürger und Bürgerinnen über das Schicksal der alten Regierung, wählen sie ab oder bestätigen sie im Amt. Nun bestimmen sie darüber, wer als Kanzler oder auch als Kanzlerin die Geschicke dieser Regierung bestimmen wird und welchen Koalitionspartner sie der Kanzlerpartei zur Seite stellen. Die Stimme des Bürgers zählt – und je knapper die Ergebnisse werden, desto mehr zählt sie und desto mehr Aufmerksamkeit finden »die Wähler«, ihre Wünsche und Vorlieben, in der Wahlkampfberichterstattung der Medien. Das ist gut so. In der repräsentativen Demokratie Deutschlands ist und bleibt die Wahl das entscheidende Partizipationsinstrument und der zentrale Mechanismus zur Herstellung von demokratischer Legitimität und politischen Richtungsentscheidungen. Natürlich gibt es andere Wege der politischen Einflussnahme und andere Wahlen in der modernen Mehrebenendemokratie. Bürger sind Mitglieder von Bürgerinitiativen und Protestgruppen. Sie beteiligen sich an Unterschriftenaktionen oder demonstrieren für ihr Anliegen oder boykottieren und mobilisieren gegen politische Entscheidungen, die sie für falsch halten. Im Herbst 2010 gaben die Auseinandersetzungen um die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke und die Proteste gegen den Aus- und Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs ein deutliches Zeugnis von der politischen Bedeutung solcher alternativer Beteiligungsformen. Dennoch: Es sind grundsätzlich punktuelle Aktionen, die sich um ein spezifisches und politisch umstrittenes Sachthema ranken. Auf die Zahl der Wahlberechtigten bezogen sind politische Proteste – ganz unabhängig von ihrer demokratischen Bedeutung als Korrektiv fehl- und mangelhaft kommunizierter Entscheidungsprozesse – Beteiligungsformen, die nur Minderheiten, oft auch nur privilegiertere und gebildete Schichten der Bürgerschaft nutzen. Richtig ist auch, dass die nationalstaatlich verfasste Repräsentativdemokratie

Deutschlands in europäische Entscheidungsstrukturen eingebunden ist und als föderales System unabhängige Länder- und Kommunalparlamente kennt. Die Deutschen sind somit deutlich häufiger als alle vier Jahre zur Wahlurne gerufen. Und dennoch scheinen sich alle Akteure über die relativ zur Nationalwahl geringere Bedeutung dieser fast abfällig als »Nebenwahlen« bezeichneten Wahlen einig zu sein. Das Wahlkampfbudget der politischen Parteien für solche Nebenwahlen liegt ein Vielfaches unter dem, was sie an personellen und finanziellen Ressourcen für die nationale Hauptwahl einsetzen. Die Medienberichterstattung ist deutlich verhaltener – in Ton und Umfang – und wird zudem noch häufig so geführt, dass nicht die Nebenwahlen an sich im Mittelpunkt stehen, sondern die Frage, welchen Einfluss ein Nebenwahlergebnis auf die Stabilität und das zukünftige Geschick der amtierenden Nationalregierung haben könnte. Auch das Verhalten der Wähler und Wählerinnen spricht eine deutliche Sprache. Alle Nebenwahlen mobilisieren deutlich weniger Menschen, bei Kommunalwahlen kann es sogar passieren, dass kaum ein Drittel der Wahlberechtigten den Gang zur Wahlurne für lohnenswert hält. Man mag das aus normativer oder demokratietheoretischer Sicht für schlecht oder gut – richtig oder falsch – halten, es bleibt jedenfalls dabei: im politischen Betrieb der deutschen Demokratie gibt es ein Ereignis, das aus allen alternativen Beteiligungs- und Wahlformen heraussticht, die Wahl zum Bundestag, die deutsche nationale Hauptwahl.

Es ist daher alles andere als ein Zufall, dass sich Öffentlichkeit und Medien auf diese Hauptwahl konzentrieren. Monate und vor allem Wochen vor der Wahl, wenn die sogenannte »heiße« Wahlkampfphase eingeläutet wurde, sind die ersten Seiten der Zeitungen und die Frontmeldungen der TV-Nachrichten diesem Ereignis gewidmet. Auch das ist gut so. Es ist eine der vornehmsten und aus demokratischer Sicht zentralen Aufgaben der Wahlkampfphase, den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass ihre Stimme benötigt wird, dass politische Grundsatzentscheidungen zu fällen sind und dass hier unterschiedliche Alternativen, die auch die Zukunft der Wähler betreffen, zur Wahl stehen. So steigt in Wahlkampfzeiten das politische Interesse, die Bürger entwickeln ein steigendes Verständnis vom Funktionieren der repräsentativen Demokratie, sie gewinnen einen Eindruck von den unterschiedlichen Politikangeboten und werden in nicht geringer Zahl (wieder) zu entschiedenen Anhängern bestimmter Parteien. Politik ist Thema im Kreis der Familie, der Freunde und Arbeitskollegen, am sogenannten »Stammtisch«.

Natürlich stehen in der Medienberichterstattung nicht nur die Parteien, ihre Spitzenkandidaten und Politikangebote im Mittelpunkt. Der große »Unbekannte«, aber auch das alles entscheidende Moment, ist der Wähler. Wie wird er sich entscheiden? Welche Programme oder Kandidaten sind aus Sicht der Wähler attraktiv? Werden Sie überhaupt zur Wahl gehen und warum vielleicht nicht? Die Medien operieren hier natürlich nicht im luftleeren Raum. Sie stützen sich auf das reichhaltige Zahlenwerk der Demoskopien, die in immer enger werdenden Abständen neue Wasserstandmeldungen über Gewinn- und Verlustaussichten einzelner Parteien und Kandidaten veröffentlichen. Sie stützen sich auf das bemerkenswerte politische Gespür, das viele Journalisten im Laufe ihrer Karriere entwickeln konnten sowie auf O-Ton-Aufnahmen von Wählern in Einkaufszentren und Fußgängerzonen (die sprichwörtliche Stimme des Volkes) und natürlich auf die Einschätzung von Experten – Wissenschaftlern, die den Medien und ihren Nutzern erklären, warum und wieso eine Partei abgestraft oder belohnt werden wird. Oder warum – nach der Wahl – Menschen beschlossen haben gar nicht erst hinzugehen bzw. sich massenhaft von einer Partei abgewendet haben. Zwangsläufig und quasi unvermeidbar wird hier spekuliert und gerätselt, werden provokative Thesen entwickelt und manche auf sehr unsicherem Boden befindliche Gewissheit verkündet. Nur wenige Wochen, manchmal sogar Tage, nach der Wahl flacht das Interesse an den Beweggründen und am Entscheidungsverhalten des Wählers merklich ab. Die Bürger haben ihre Stimme abgegeben, jetzt sind die Eskapaden, Spannungen und Merkwürdigkeiten im Prozess der Koalitionsformation und Regierungsbildung von größerem Interesse. Ist auch das geschehen, geht die Berichterstattung der Medien wieder in den Normalbetrieb über: neue politische Skandale oder Proteste verlangen Aufmerksamkeit, Gesetzesvorhaben müssen diskutiert werden, aber auch Sportereignisse und unpolitische Showevents drängen in den Vordergrund. Bundestagswahl war gestern. Ob und wie sehr sich manche der Spekulationen und Gewissheiten, die vor und kurz nach der Wahl in Öffentlichkeit und Medien diskutiert wurden, tatsächlich bewahrheiteten, bleibt unbeantwortet. So haften sie im Gedächtnis der Medienrezipienten aber auch der journalistischen Nachrichtenproduzenten, ohne das eine empirische Überprüfung des Wahrheitsgehaltes erfolgt.

Zur Entstehung moderner Mythen

So entstehen Halbwahrheiten, Vermutungen, als Gewissheit geadelte Spekulationen – die manchmal wahr und manchmal falsch sein können – aber in keinem Fall einer echten empirischen Überprüfung unterzogen wurden: moderne Mythen über das Wesen und die Befindlichkeit des deutschen Wählers. Der Begriff »Mythos« wurde hier mit Bedacht gewählt. Ein Mythos geht über die reine Spekulation hinaus. Der Spekulierende weiß in der Regel, dass seine Aussage auf wackligen Füßen steht. Von der Richtigkeit eines Mythos wird dagegen unhinterfragt ausgegangen. Es ist das Kernmerkmal eines Mythos, dass er – hat er sich erst gebildet – einer Begründung nicht mehr bedarf. Ein Mythos ist zudem immer eine gemeinschaftlich geteilte Vorstellung von der Wirklichkeit. Er ist gerade dadurch wirkmächtig, dass Kommunikator und Rezipient gleichermaßen von ihm überzeugt sind. Stünde die Frage im Raum »Stimmt das denn?« wäre der Mythos schon fast enttarnt. Ein typisches Beispiel ist die Wahl für Wahl diskutierte Frage, warum junge Menschen vor der repräsentativen Demokratie davonlaufen. Im Mittelpunkt der Frage steht das *Warum*. Die dahinterliegende Behauptung, das *Ob*, wird überhaupt nicht mehr überprüft. Dabei wäre es zumindest der Untersuchung wert, ob junge Menschen je eine besondere Vorliebe für die Mühen und Kompromisse parlamentarischer Verhandlungssysteme und kompetitiver Parteienkonkurrenzen besaßen. Es ist somit gewissermaßen das Kernanliegen dieses Buches immer wieder »Stimmt das denn?« zu fragen. Dabei mag es sich natürlich auch erweisen, dass der Mythos empirischer Überprüfung standhält. In der Tat ist es nicht wesentlich, ob ein Mythos einen Wahrheitsgehalt besitzt oder nicht. Zentral dagegen ist die Tatsache, dass dieser faktische Gehalt nicht gesucht oder untersucht wird.

Warum also entstehen solche modernen Mythen von den Beweggründen des Wählers? Die Bundestagswahl ist in der Tat ein politisch brisantes und demokratisch höchst bedeutsames Ereignis. Sie entscheidet über basale Grundwerte zukünftiger Politiken und das bestimmende Personal der folgenden Legislaturperiode. Sie weckt bundesweit großes Interesse, auch bei Menschen, die dem Politikbetrieb unter normalen Umständen eher skeptisch oder indifferent gegenüber stehen. Sie ist also in jeder Hinsicht schlagzeilenträchtig und berichtenswert. Gleichzeitig ist der Aufmerksamkeitshorizont der Öffentlichkeit zeitlich und thematisch begrenzt. Was liegt also näher als Erklärungen dort zu suchen, wo man sie auch früher schon gefunden hat? Wo auch früher schon das Einverständnis und der Applaus des Publikums zu

finden waren? Auch die Nutzung von Ergebnissen kommerzieller Umfrageinstitute schafft hier keine Abhilfe, obwohl diese in der Regel auf qualitativ hochwertigen Daten beruhen. Doch ist nicht das Erklären von Wahlentscheidungen das Ziel der Umfrageinstitute, sondern das Liefern einer möglichst akkuraten Prognose des Wahlausgangs oder der aktuellen politischen Stimmung. Das *Warum* spielt also eine untergeordnete Rolle und wird höchstens in Form von leicht verständlichen Tabellen und Abbildungen angesprochen, die zwar eine bestimmte Einstellung aufgreifen, aber nicht für konkurrierende Erklärungen kontrollieren können. Dennoch werden die Prognosen der Demoskopien sowie deren Tabellen und Abbildungen von den Medien stark nachgefragt und auch veröffentlicht, sodass der Eindruck entsteht, dass über eine Wahl doch schon alles gesagt sei. Dies ist keinesfalls als plumpe Medienschelte zu verstehen. Schon gar nicht deshalb, weil die Erfolgsgeschichte moderner Wählermythen nicht zuletzt auch dem Versagen des Wissenschaftsbetriebs geschuldet ist. Medien und Öffentlichkeit suchen nach verständlichen Erklärungen für eine immens wichtige Frage: Warum wählt wer wen und welche Konsequenz hat diese Entscheidung für den politischen Prozess und die Zukunft unserer Demokratie? Die Frage ist komplex und einfache Antworten liegen nicht auf der Hand. Zumindest teilweise kann die wissenschaftliche Wahlforschung solche Fragen beantworten, hier bestehen aber eklatante Kommunikationsprobleme. Die Wissenschaft antwortet zur falschen Zeit und mit den falschen Worten.

So gibt es leider kaum eine Überlappung zwischen dem Produktionsrhythmus des Medienbetriebs einerseits und der wissenschaftlichen Wahlforschung auf der anderen Seite. Der Wissenschaftsbetrieb ist zäh und beruht auf langwierigen Prozessen der Datenerhebung und -bereinigung. Bevor wissenschaftliche Daten zu Wählermotiven überhaupt erst für eine Analyse aufbereitet sind, ist die Bundestagswahl schon längst von der Medienagenda verschwunden. Mit der eigentlichen Analyse sowie der Produktion der Texte gehen weitere Monate ins Land, sodass wissenschaftlich fundierte Publikationen häufig erst ein, wenn nicht sogar zwei bis drei Jahre nach einer Bundestagswahl auf den Markt kommen. Eine Aufmerksamkeit in einer breiteren Öffentlichkeit erreichen diese Publikationen daher in der Regel nicht. Erschwerend kommt hinzu, dass die wissenschaftliche Wahlforschung mit einem methodisch und theoretisch hoch anspruchsvollen Instrumentarium arbeitet. Fast alle Analysen zu Wahlverhalten entstammen – national wie international – der Tradition der quantitativen empirischen Sozialforschung, die Ergebnisse in der Form statistischer Modelle und mathematischer Formeln präsentiert. Eine Übersetzung

in »Normalsprache« bleibt zu häufig aus, sodass die deutsche akademische Wahlforschung zwar international und in der engen Forschergemeinschaft eine sehr hohe Reputation genießt, ihre Veröffentlichungen aber selbst für wissenschaftliche Kollegen aus Nachbardisziplinen der Politikwissenschaft nicht selten unverständlich sind. Auch aus theoretischer Perspektive bedient sich die Wahlforschung teils über Jahrzehnte gereifter und weiterentwickelter Konzepte, die zwar gerade aufgrund ihrer Komplexität in der Lage sind, die vielschichtigen Abwägungen und Entscheidungsprozesse, die einer Stimmabgabe vorausgehen, adäquat zu modellieren. Eine Übersetzung in Fragen und Antworten, die medial zu vermitteln wären, ergibt sich allerdings daraus nur in seltenen, glücklichen Momenten.

Dieses Buch versucht, an diesem Manko zu arbeiten. Es kann zwar nicht gleichzeitig mit der Bundestagswahl erscheinen, da eine solche Geschwindigkeit nun mal mit den Kriterien wissenschaftlicher Praxis nicht zu vereinbaren ist. Es kann aber an den anderen Kommunikationsproblemen ansetzen. Alle Autoren, die in diesem Band beteiligt sind, lassen ihr theoretisches Instrumentarium und ihre wissenschaftlichen Modelle zunächst einmal beiseite. Jeder einzelne Beitrag setzt bei den Fragen und Antworten an, die im Diskurs der Medien und der Öffentlichkeit dominieren. Dabei stehen vor allem Wählermythen im Vordergrund, also Antworten und Fragen, die schon seit längerer Zeit immer wieder von neuem genutzt werden, um Wählerverhalten und Wahlergebnisse zu erklären. Die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden auch nicht auf ihre statistischen, multivariaten Analyseverfahren verzichten können. Zu einfache und unterkomplexe Modelle würden geradezu zur Bildung neuer Mythen einladen. Sie haben sich aber extrem bemüht, in Darstellung und Interpretation Mittel zu finden und eine Sprache zu wählen, die für ein breiteres deutschsprachiges Publikum, darunter Journalisten, Politiker und interessierte Bürger verständlich ist. Wir haben für dieses Buch vor allem solche Mythen gewählt, deren Thematisierung häufig und von Wahl zu Wahl wiederkehrend ist, deren Gültigkeit von vielen Subgruppen der Gesellschaft – Wählern, Journalisten, Schülern, Studenten, ja selbst Wissenschaftlern – angenommen wird und die in das Herz des deutschen Wahlverhaltens zielen: Frauen wählen anders, der Politik läuft die Jugend weg, die Volksparteien sterben aus, im Osten ist alles ganz anders, wir leben in einer Mediendemokratie, nur noch Personen entscheiden die Wahl, und vieles mehr.

Manche dieser von uns auf den Prüfstein gestellten Mythen enthalten implizit eine Tendaussage, andere eine (häufig unerwähnte) Vergleichsgrö-

ße. Wenn in Medien und Öffentlichkeit seit langer Zeit kolportiert wird, dass der (Parteien-) Politik die Jugend davon laufe, so muss das bedeuten, dass die Jugend irgendwann einmal politikbegeistert war und wir diesen Idealzustand mehr und mehr verlassen. Wenn die Volksparteien aussterben, muss es irgendwann einmal eine »richtige« Volkspartei gegeben haben, die heute im Verschwinden begriffen ist. Kapitel, die sich mit solchen Trend- oder –Schwundmythen auseinandersetzen, werden zwangsläufig einen längeren historischen Blickwinkel anlegen müssen, um das Negativbild der Jetztzeit mit der idealisierten Vergangenheit vergleichen zu können. Andere Mythen gehen dahingegen implizit von einer Blaupause aus, die das »normale«, vielleicht sogar das »korrekte« Wahlverhalten zum Vergleichspunkt nimmt. Wenn Frauen oder Ostdeutsche »anders wählen« (und nicht die Männer oder die Westdeutschen), werden weibliche oder ostdeutsche Methoden der Präferenzbildung und des Wahlverhaltens zum abweichenden und damit zum erklärungsbedürftigen Ausnahmefall. Wenn Nutzer neuer Kommunikationstechnologien unter Manipulationsverdacht stehen, so müssen die Nicht-Nutzer im Vergleich frei und unabhängig entscheiden. Eine Variante dieses Mythos stilisiert ganze Wahlen zur Abweichung und kontrastiert sie mit einer Art von Normalwahl. Diese Art von Mythenbildung kann aus Anlass der Bundestagswahl 2009 an der Thematik Wirtschafts- und Finanzkrise exemplarisch dargestellt werden. Weil ein Ereignis solch überragende Bedeutung zugeschrieben bekommt, setzt es sämtliche alternativen Erklärungsmuster außer Kraft – die Wahl selbst wird zum abweichenden Fall.

2. Inhalt und Gliederung dieses Bandes

Offensichtlich bündeln sich moderne Wählermythen in zwei Erzählungen oder Narrative. Ein solches Narrativ ist die Tendaussage, die durchweg ein Negativszenario impliziert und eine graue Gegenwart mit einer goldenen Vergangenheit in Beziehung setzt. Irgendetwas schwindet, löst sich auf, geht verloren – und das ist bedauerlich, gar höchst gefährlich. Diese Gruppe der Schwund- oder Niedergangs-Mythen wird den ersten Teil der Beiträge charakterisieren. Ein zweiter Typ Mythos baut hingegen weniger auf langfristige Entwicklungen, sondern auf den Vergleich eines Normal- oder Idealwählers mit einer abweichenden Kontrastkategorie. Das Andere und

Fremde wird erklärt und erklärungsbedürftig, indem man es mit dem Idealwähler oder einer Idealwahl vergleicht. Solche Normalwahl- oder Normalwähler-Vergleichsmythen strukturieren die Beiträge im zweiten Abschnitt dieses Buches.

Mythen des Niedergangs

Dieser erste Abschnitt des Bandes wird von sieben Beiträgen getragen, die Schwund- oder Niedergangsszenarien in unterschiedlichen Facetten auf ihren empirischen Gehalt untersuchen: Das Ende der Ideologie und das Verschwimmen aller programmatischer Differenzen; der Anstieg der Wechselwähler und deren Anfälligkeit für populistische Politikangebote; dem Ausstieg der Jugend aus der Politik; die steigende Personalisierung von Politik und dem Verschwinden des Politischen; der zunehmenden Verdummung der Wähler durch unpolitische Show-Ereignisse wie die TV-Duelle; dem allmählichen Aussterben der Volksparteien; der sinkenden Wahlbeteiligung und der sozialen Komposition der Nicht-Wähler.

Im ersten Beitrag des Bandes befasst sich *Philipp Scherer* mit dem Mythos, dass Ideologie in der Politik keine Rolle mehr spiele, also Parteien nicht mehr ideologisch argumentieren und auch die Wähler ihre Wahlentscheidungen nicht mehr an ideologischen Kriterien ausrichten würden. Durch die Betrachtung von Partei- und Wählerpositionen auf der ideologischen Links-Rechts-Dimension kann er zeigen, dass sich die Parteien in ihren Wahlprogrammen sehr wohl auf dieser Dimension positionieren und somit den Wählern immer noch deutlich unterscheidbare ideologische Positionen anbieten. Die Wähler wiederum orientieren sich an diesen Positionen: Die meisten Wähler können die Parteien in der richtigen Reihenfolge auf dieser Dimension anordnen und sich auch selbst verorten. Darüber hinaus wählt ein Großteil der Wähler auch die Partei, die ihr oder ihm ideologisch am nächsten steht. Dieser Zusammenhang wird im Gegensatz zum Mythos vom Verschwimmen aller ideologischen und programmatischen Grenzen auch im Zeitverlauf nicht schwächer – im Gegenteil.

Beim Thema Wechselwähler klingeln in der öffentlichen Diskussion häufig die Alarmglocken. *Bernhard Weßels* betrachtet in seinem Beitrag daher, ob die Wechselwähler politischer Flugsand sind, der sich leicht von Demagogen beeinflussen lässt, sein Fähnchen in den Wind hält und damit den Parteien das Regieren schwer macht. Er findet dabei unterschiedliche Gruppen von

Wechselwählern und erstaunlich viele politisch interessierte und höher gebildete Personen in diesen Gruppen. Wechselwähler können daher nicht per se als demagogieanfällig bezeichnet werden. Im Gegenteil, eine Demokratie lebt vom politischen Machtwechsel und verlangt damit explizit von ihren Wählern, die Wahlentscheidung immer wieder zu überdenken. Große Teile der Wechselwähler scheinen dies zu tun und stellen daher keine Gefahr für die Demokratie dar.

Simone Abendschön und *Sigrid Roßteutscher* nehmen sich des Mythos an, dass Jung- und vor allen Dingen Erstwähler apolitisch seien und deswegen der Demokratie der Nachwuchs verloren gehe. Obwohl gerade dieser Mythos von einer Niedergangsrhetorik begleitet wird, die den Jungen unterstellt, immer weniger an Politik zu partizipieren, zeigen sie, dass junge Menschen zwar etwas seltener zur Wahl gehen und sich auch etwas weniger für Politik interessieren, dies aber auch schon vor Jahrzehnten galt. Auch eine zweite Facette des Mythos von der wahlabstinenten Jugend wird von den Autorinnen überprüft: hier gelten junge Menschen als hochgradig politisch interessiert, aber von der repräsentativen Parteienpolitik entfremdet. Daher wenden sie sich vermehrt punktuellen, themenspezifischen und alternativen Protestformen zu und kompensierten so ihr mangelndes Engagement im konventionellen Politikbereich. Auch dies stellt sich als falsch heraus. Unkonventionelle Protestformen werden von fast allen Altersgruppen genutzt und es sind gerade die Wähler, die konventionell aktiven Bürger, die sich zusätzlich im Alternativsektor beteiligen.

Mit einer deutlichen Niedergangsrhetorik ist auch die Diskussion um den Einfluss von Spitzenkandidaten auf Wahlentscheidungen behaftet. Die Wähler würden sich laut dieses Mythos bei ihrer Wahlentscheidung vermehrt daran orientieren, welchen Kandidaten sie sympathisch finden und von welchem Kandidaten ihnen die Nase nicht zusagt. *Aiko Wagner* betrachtet daher, ob Kandidaten in erster Linie auf Basis von rollenfernen Eigenschaften wie etwa der allgemeinen Sympathie bewertet werden und ob die Bewertung der Kandidaten wichtiger für die Wahlentscheidung wird. Beides kann verneint werden: Bei der Bewertung der Kandidaten spielen deren wahrgenommene politische Kompetenzen eine wichtige Rolle. Darüber hinaus ist kein zunehmender Einfluss der Spitzenkandidaten auf die Wahlentscheidung festzustellen. Wie groß der Einfluss ist, hängt wesentlich von den Kandidaten, die zur Wahl stehen, ab. Eine zunehmende Personalisierung der Politik, die für Inhaltsleere und Politik als Schönheitswettbewerb steht, kann also nicht festgestellt werden.

Thorsten Faas und *Jürgen Maier* bearbeiten ein Thema, an dem sich die Debatte um Personalisierung und den zunehmenden Unterhaltungscharakter der Politik in den Medien gerne entzündet: TV-Duelle zwischen den Spitzenkandidaten von CDU/CSU und SPD. Sie gelten als reine Showveranstaltung ohne Mehrwert für die Wähler. Die Autoren zeigen, dass das TV-Duell im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 in den Augen der Zuschauer weniger langweilig war als es das Medienecho nahelegte. Zudem erwarteten die Wähler von dem TV-Duell, dass es sie über die politischen Positionen der Kandidaten informiert. Diese Erwartung konnte das TV-Duell auch erfüllen. Insbesondere politisch weniger interessierte Wähler haben durch das TV-Duell etwas über die Kandidaten gelernt. Auch wenn der Wert von TV-Duellen von den Medien immer wieder angezweifelt wird, scheinen sie folglich gerade für politikferne Gruppe ein hilfreiches Instrument zu sein, um in komprimierter Form Informationen über den laufenden Wahlkampf zu erhalten.

Im darauffolgenden Beitrag beschäftigt sich *Thomas Poguntke* mit der populären Sichtweise, dass die Ära der großen Volksparteien CDU/CSU und SPD zu Ende ginge. Tatsächlich leiden die Großparteien unter sinkenden Mitgliederzahlen und einem zunehmend geringeren Anteil an Stimmen bei Wahlen. Poguntke diskutiert diese Trends im Kontext des sozialstrukturellen Wandels der Wählerschaft und den massiven Veränderungen, welche die deutsche Parteienlandschaft durch die Erweiterung des Parteienspektrums durch Grüne und Linkspartei erfuhr. Der Begriff Volkspartei sei zudem schon immer ein Mythos gewesen, da einzelne Parteien niemals ein ganzes Volk vertreten könnten. In der Demokratie ist die Herstellung des Gemeinwohls auf den Wettbewerb unterschiedlicher Interessen angewiesen.

Armin Schäfer wirft im letzten Beitrag dieses ersten Teils einen genauen Blick darauf, wer die Nichtwähler sind. Entgegen des gerade in letzten Zeit prominent gemachten Mythos, wonach die Nichtwähler in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und sich entweder aus Bequemlichkeit oder Protest gegen die Teilnahme an der Wahl entschlossen haben, kann er zeigen, dass dies keineswegs der Fall ist. Die Wahlbeteiligung ist in den sozial und wirtschaftlich schwachen Schichten deutlich geringer als bei den Bessergestellten. Da diese Gruppe auch eher linke Parteien präferiert und stärker an einer umverteilenden Sozial- und Wirtschaftspolitik interessiert ist, bedeutet eine niedrige Wahlbeteiligung in dieser Gruppe, dass ihre Interessen im politischen Prozess weniger Beachtung finden. Damit steht die Qualität der Demokratie auf dem Spiel, die von der politischen Chancengleichheit ihrer

Mitglieder lebt. Entgegen des Mythos stellt eine niedrige Wahlbeteiligung folglich eine ernste Gefahr für die Demokratie in Deutschland dar.

Mythen von einem Normalwähler oder einer Normalwahl

Dieser zweite Abschnitt des Bandes beinhaltet sechs Beiträge, die jeweils einen als normativ positiv gesetzten Normalfall mit dem als negativ betrachteten Gegenstück vergleichen: das andere, vermeintlich unsystematische Wahlverhalten der Ostdeutschen (im Vergleich zu den Westdeutschen); der Manipulation des Wählers durch die Nutzung von Umfragen und neuen Kommunikationsmedien (im Vergleich zu unbeeinflussten Wählern); den Anstieg von kleinen und extremen Parteien, die Große Koalitionen zur Folge hätten (im Vergleich zu Normalkoalitionen aus großer und kleiner Partei); unsinnige Wahlergebnisse, die entstünden, weil zu viele Bürger das Wahlsystem nicht kennen (im Vergleich zu wissenden Wählern); die außergewöhnliche Situation der globalen Wirtschaftskrise, die »normales« Wahlverhalten überschattet; weibliche Wähler und Politikerinnen, die andere Präferenzen, Wahlabsichten und Politikstile besäßen (im Vergleich zu männlichen Wählern und Politikern).

Im Rahmen dieser Normalwahl- und Normalwählermythen eröffnet *Oscar W. Gabriel* den Reigen mit der Betrachtung von Unterschieden im Wahlverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland. Dem Osten wird immer wieder vorgeworfen, anders und damit unkalkulierbar zu sein. Er kann zeigen, dass ein Grund für Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Ost und West darin liegt, dass die Sozialstruktur im Osten stärker linkslastig ist. Da sich dies in den letzten Jahren auch in die entsprechende Präferenz von SPD und Die Linke übersetzt hat, macht den Osten daher nicht unkalkulierbar. Im Gegensatz dazu scheinen im Osten kurzfristige Einflüsse auf das Wahlverhalten stärker zu sein als im Westen, was die Erfolge der CDU erklären kann. Der Osten ist daher anders als der Westen, aber nicht ganz anders und auch nicht unberechenbar.

Ein sehr aktuelles Thema greifen *Thorsten Faas, Ansgar Wolsing* und *Sascha Huber* in ihrem Beitrag auf: Beeinflussen Umfrageergebnisse und dabei insbesondere Vorabberichte über Wahlergebnisse Wahlentscheidungen? Dieses Thema wurde im Frühjahr 2009 aktuell, als das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl vorab über Twitter bekanntgegeben wurde. Twitter scheint der bekannten Diskussion um Umfragewirkungen folglich eine neue Dimension

hinzuzufügen. Die Autoren können jedoch nachweisen, dass die Zahl an Personen, die Twitter insgesamt und speziell im Wahlkampf nutzen, recht gering ist. Anhand eines experimentellen Designs wird darüber hinaus untersucht, ob Informationen über den vermeintlichen Wahlausgang zu einer Änderung von Wahlabsichten führen. Im Ergebnis zeigt sich, dass sich zwar ein Teil der Befragten von Umfragen beeinflussen lässt, dies aber aufgrund der geringen Verbreitung von Twitter (noch) keine sehr großen Auswirkungen auf das Wahlergebnis haben dürfte.

Einem Mythos ganz anderer Art ist *Evelyn Bytzek* auf der Spur, indem sie Wirkungen Großer Koalitionen auf das Parteiensystem untersucht. Anlass dafür ist die nach der Bildung der zweiten Großen Koalition auf Bundesebene häufig geäußerte Befürchtung, dass dadurch die großen Parteien bei der nächsten Wahl kleiner und die kleinen Parteien größer werden. Die Folge dessen wäre dann, dass es wieder nicht für eine schwarz-gelbe oder rot-grüne Koalition reichen könnte und damit ein Teufelskreis Großer Koalitionen in Gang gesetzt würde. Im Gegensatz zu dieser Medienmeinung, die Große Koalitionen als wenig wünschenswert ansieht, sind Große Koalitionen bei den Wählern recht beliebt. Und da die Wähler letztlich über das parlamentarische Parteiensystem entscheiden, setzt die Analyse auch hier an und zeigt, dass nur die SPD unter der Großen Koalition zu Schaden kam, weil sie als weniger einflussreich angesehen wurde. Die CDU/CSU blieb dagegen relativ unbehelligt. Dass eine der Koalitionsparteien im Zuge Großer Koalitionen verliert, während die andere davon profitiert, zeigt sich auch bei einer Betrachtung Großer Koalitionen auf Länderebene. Dem Parteiensystem fügen Große Koalitionen hingegen keinen Schaden zu.

Franz Urban Pappi nimmt das Wahlsystem zum Bundestag genauer unter die Lupe. Die Meinung hierzu ist einhellig: Das Wahlsystem ist zu kompliziert und wird von den meisten Wählern nicht verstanden. Und da die Wähler nicht wüssten, was sie da eigentlich tun, wirkt sich das auch auf das Wahlergebnis aus. Eine Betrachtung der Kombination von Erst- und Zweitstimme zeigt jedoch, dass diese zu einem großen Teil durch bekannte Einflussfaktoren, wie die Wahl ideologisch nahestehender Parteien oder einer bestimmten Koalition, zu erklären sind. Wird diese Untersuchung getrennt für Befragte mit und ohne Wissen über das Bundestags-Wahlsystem durchgeführt, zeigen sich zudem nur geringfügige Unterschiede. Für ein sinnvolles Aggregatergebnis braucht es folglich nicht ausschließlich vollständig informierte Wähler.

Ruth Beckmann, Philipp Trein und *Stefanie Walter* betrachten den sehr populären Mythos, dass die wirtschaftliche Lage eines Landes über Wohl und Wehe von Regierungsparteien bei Wahlen entscheide. Die Autoren können das bestätigen: Auch in Deutschland gehen geringeres Wirtschaftswachstum und steigende Arbeitslosenzahlen mit sinkenden Umfragewerte für die Regierungsparteien einher. Die Bundestagswahl 2009 stellt zur Untersuchung dieser Verbindung ein Paradebeispiel dar, da sie vor dem Hintergrund einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise stattfand, das Thema Wirtschaft also ganz oben auf der politischen Agenda stand. Es zeigt sich, dass die Wirtschaftskrise einen Effekt auf Wahlentscheidungen hatte: Die SPD konnte dort von der Wirtschaftskrise profitieren, wo die Arbeitslosigkeit hoch war und die wirtschaftliche Lage eher als schlecht eingeschätzt wurde, bei der CDU/CSU war es hingegen umgekehrt. Ein Einfluss der Wirtschaftslage auf Wahlen lässt sich also nicht leugnen, muss aber in jedem Einzelfall genau untersucht werden, da es Unterschiede in der Wirkungsweise gibt.

Last but not least untersucht *Ina E. Bieber* den weitverbreiteten Mythos, dass sich Frauen in der Politik anders verhalten als Männer. Dies betrifft zwei Rollen: Einmal die Frau als Wählerin, einmal als Politikerin. In Hinblick auf die Wahlentscheidung lässt sich für die jüngste Zeit feststellen, dass Frauen eher SPD und Grüne wählen als CDU/CSU, FDP und Die Linke. Erklärt wird dies häufig mit den unterschiedlichen Interessen, die Männer und Frauen an Politik haben: Während Männer sich eher für Themen wie Wirtschaft und Finanzen, Verteidigung und innere Sicherheit interessieren, liegt Frauen die Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik am Herzen. Erstaunlicherweise lässt sich nur bei der Wirtschafts- und der Sozialpolitik der erwartete Unterschied finden. Einfluss auf die Wahlentscheidung haben diese Präferenzen aber kaum. In Hinblick auf Politikerinnen hält sich hartnäckig der Mythos, dass Frauen männliche Eigenschaften aufweisen müssen, um gewählt zu werden. Im Rahmen einer experimentellen Untersuchung kann sie zeigen, dass Frauen tatsächlich eher weibliche und Männern eher männliche Eigenschaften zugeschrieben werden. Die Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden, hängt aber sowohl von männlichen wie von weiblichen Eigenschaften ab.

Die folgenden Beiträge kommen folglich zu unterschiedlichen Ergebnissen in Hinblick auf populäre Mythen, können diese aber erstaunlich oft widerlegen. Das abschließende *Fazit* geht daher auf mögliche Gründe für die Mythenbildung ohne empirische Basis ein.